

**B e s c h l u s s v o r l a g e**für den  
öffentlichen Sitzungsteil

| Gremium                              | Datum      | Zuständigkeit |
|--------------------------------------|------------|---------------|
| Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz | 15.11.2013 | Vorberatung   |
| Kreisausschuss                       | 09.12.2013 | Entscheidung  |

|                         |                                       |
|-------------------------|---------------------------------------|
| Tagesordnungs-<br>Punkt | <b>Felssicherung am Siegfriedfels</b> |
|-------------------------|---------------------------------------|

**Beschlussvorschlag:**

- folgt als Tischvorlage –

**Vorbemerkungen:**

Am 14.10.2013 hat der Kreisausschuss einen Beschluss zur Kostenbeteiligung des Kreises an den Felssicherungsmaßnahmen am Siegfriedfels gefasst. Diese Maßnahmen sind erforderlich, um weiterhin den Weinbau im Siebengebirge unterhalb des Drachenfelsens zu ermöglichen und damit die Kulturlandschaft insgesamt zu erhalten.

Der Beschluss sah einen Kostenanteil des Kreises von 15 % vor, da der genaue Finanzbedarf noch nicht ermittelt war. Als weitere Geldgeber waren das Land NRW (35 %), die beiden Städte Bad Honnef und Königswinter (zusammen 15 %), der VVS (25 %) und die NRW-Stiftung (10 %) vorgesehen. Der Beschluss stand unter dem Vorbehalt einer gesicherten Gesamtfinanzierung. Bei geschätzten Kosten von 1,5 bis 2 Mio. Euro für die Gesamtmaßnahme sollte der Kreisanteil maximal 300.000 Euro betragen.

**Erläuterungen:**

Der VVS hat in einer Mitgliederversammlung am 05.11.2013 per Beschluss seine Bereitschaft erklärt, die Trägerschaft für die Felssicherungsmaßnahmen zu übernehmen. Gleichzeitig hat er beschlossen, seinen finanziellen Beitrag auf 165.000 Euro zuzüglich ggf. erforderlicher Ausgleichsmaßnahmen für die entstehenden Eingriffe in das Naturschutzgebiet zu begrenzen.

Da dieser Beschluss unterhalb des o. g. Anteils von 25 % für den VVS bleibt, ist die Gesamtfinanzierung weiterhin offen. Es ist mit den übrigen Geldgebern noch zu verhandeln, ob es unter den aktuellen Rahmenbedingungen gelingt, die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Es zeichnet sich dabei ab, dass die Gesamtkosten etwas niedriger liegen als die 2 Mio. Euro, die zunächst kalkuliert waren. Es wäre deshalb z.B. denkbar, zwar die Anteile der übrigen Geldgeber an den Gesamtkosten zu erhöhen, trotzdem aber den gegebenen Kostenrahmen (für den Kreis 300.000 Euro) nicht zu übersteigen.

Sollten die Verhandlungen bis zur Sitzung des Umweltausschusses abgeschlossen werden, dann wäre darüber ein geänderter Beschluss zu fassen. Der Tagesordnungspunkt ist daher vorsorglich angemeldet worden; der genaue Wortlaut eines ggf. zu fassenden Beschlusses wird dann als Tischvorlage nachgereicht und in der Sitzung erläutert.